

Studienvergleich

Titel

Folgenabschätzung zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung

Zielsetzung und Fragestellung

Die Studie soll eine umfassende Folgenabschätzung für den im November 2016 beschlossenen Klimaschutzplan 2050 liefern. Diese soll eine Grundlage für eine fundierte Diskussion mit den Sozialpartnern liefern und der konkreten Entwicklung politischer Instrumente dienen, mit denen die Klimaziele für das Jahr 2030 erreicht werden können.

Zentrale Ergebnisse

Die Studie bewertet zwei Pfade, die zum Ziel führen können. Zielpfad A fokussiert auf Effizienz, Zielpfad B auf einen hohen Strom- und Biomassebedarf. Im Zielpfad A fällt der Endenergieverbrauch deutlich geringer aus. Den Autoren zufolge fallen die Auswirkungen positiver aus als im Zielpfad B, es seien aber auch höhere Investitionen erforderlich. Der höhere Energiebedarf im Zielpfad B bedeute geringere Einsparung bei Brennstoff- und Betriebskosten sowie eine höhere Importabhängigkeit durch einen hohen Bedarf an strombasierten Brennstoffen (PtX).

Für beide Zielpfade sei eine deutliche Mobilisierung von Innovationen und Investitionen notwendig, für die zusätzliche politische Maßnahmen notwendig seien. Frühzeitiges Handeln und verlässliche Investitionsanreize durch eine Umgestaltung von Abgaben und Umlagen, eine Bepreisung von Treibhausgasemissionen seien wichtig. Als besonders wichtig wird erachtet, dass politische Maßnahmen immer transparent und glaubhaft seien und Planungssicherheit bieten, um Lenkungswirkung zu entfalten. Verteilungseffekte beider konkreten Ausgestaltung von Maßnahmen seien zu berücksichtigen.

Zentrale Annahmen und Thesen

Wesentliche Rahmendaten zur Bevölkerungsentwicklung, Bruttoinlandsprodukt, Energiepreisen, CO₂-Zertifikatspreisen wurden politisch abgestimmt und der Studie vorgegeben. Weitere sozioökonomische Annahmen wie Zahl der Erwerbstätigen oder Haushaltsentwicklung wurden im Rahmen der Studie erarbeitet und mit dem Auftraggeber abgestimmt.

Methodik

Im Vordergrund der Analysen steht die Einordnung unterschiedlicher Ansätze zur Erreichung der für 2030 vorgesehenen Ziele in den Handlungsfeldern Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Sonstige unter Berücksichtigung ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und übergreifender politischer Ziele. Dabei werden Umweltaspekte zumindest teilweise auf Basis monetarisierter Größen und im gleichen analytischen Rahmen berücksichtigt wie Gesetzesfolgenabschätzungen oder Infrastrukturplanungen.

Eine methodische Grundlage ist der Leitfaden für Nutzen-Kosten-Analysen des Umweltbundesamts von 2014.